



## Presseinformation

München, 26.04.2013

### **Sind Familienunternehmen das neue Feindbild?**

#### **Grüne Vermögensabgabe würde Steuerlast um 20,9 Prozent erhöhen**

Der Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes, kritisiert die von den Grünen geplante und dort umstrittene Vermögensabgabe: „Trotz aller Beteuerungen, Betriebsvermögen verschonen zu wollen, wirkt sich die Vermögensabgabe dramatisch auf die Steuerlast von Unternehmern aus. Eine jährliche Belastung von 1,5 Prozent über zehn Jahre auf den Verkehrswert des Unternehmens mag für den Laien zunächst gering klingen. Die Steuerzahlungen eines großen Familienunternehmens (Gesamtebene einschließlich Belastung der Anteilseigner) würden aber allein durch die Vermögensabgabe um 20,9 Prozent ansteigen.“

Teile der Grünen unterliegen einem Irrglauben, wenn Sie meinen, die Unternehmen würden geschont, wenn sich der Staat dieses Geld erst beim Anteilseigner holt. Es ist allerdings das Merkmal von Familienunternehmen, dass das Vermögen des Anteilseigners größtenteils im Unternehmen investiert ist. Zusätzliche Belastungen für ihn schmälern durch zwangsläufige Entnahmen den Spielraum für die Bildung von haftendem Eigenkapital, für Investitionen und für Forschung. Sind Familienunternehmen das neue Feindbild der Grünen? Insgesamt summieren sich die Vorschläge der Grünen (erhöhter Spitzensteuersatz, progressive Besteuerung von Kapitaleinkommen, kein Splitting) auf die gewaltige Mehrbelastung von 36 Prozent. Im Vergleich der 27 EU-Mitgliedstaaten würde Deutschland mit der Umsetzung des grünen Programms auf dem vorletzten Platz bei der Unternehmensbesteuerung landen – mit schweren Auswirkungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. In Europa besteuert nur Frankreich seine Unternehmer noch stärker.

Die grüne Vermögensabgabe soll rückwirkend mit dem Bewertungsstichtag 1. Januar 2012 erhoben werden. Damit würde die Rechtssicherheit verletzt, die gerade im Steuerrecht bei der Planung teils weitreichender betrieblicher, aber auch privater Entscheidungen eine sehr große Rolle spielt. Das ist für Familienunternehmen, aus unternehmerischer wie persönlicher Sicht, nicht hinnehmbar.

Es wäre besser, wenn die Partei die Erkenntnis eines Ur-Grünen beherzigen würde. Der Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung Ralf Fücks liest ihr in seinem neuen Buch ‚Intelligent wachsen‘ die Leviten: Es sei ein Fehler, ‚Unternehmen pauschal als Gegner zu behandeln, die man möglichst an die Kandare legen muss, statt sie als produktive Kraft zu begreifen. Innovative Lösungen, neue Produkte und Technologien kommen nicht aus der Verwaltung.‘ Die Grünen sollten dringend bei ihrem Feindbild Unternehmer abrücken und auf die Vermögensabgabe verzichten.“

Die Zahlen zur Steuerbelastung hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim für die Stiftung Familienunternehmen aktuell berechnet. Zu Grunde lag ein Modellunternehmen mit der Bilanzsumme von 126,4 Millionen Euro.



Stiftung  
Familienunternehmen

**Weitere Informationen:**

Hartmut Kistenfeger  
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Stiftung Familienunternehmen  
Prinzregentenstraße 50  
D-80538 München

Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 05  
Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09

[kistenfeger@familienunternehmen.de](mailto:kistenfeger@familienunternehmen.de)  
[www.familienunternehmen.de](http://www.familienunternehmen.de)